Barometer Finanz-politik

Präferenzen der Schweizer Bevölkerung zu Ausgabenkürzungen und Mehreinnahmen

November 2024

SOTOMO

IMPRESSUM

Barometer Finanzpolitik, November 2024

Auftrag: Kein Auftrag, eigenes Projekt

Ausführung: Sotomo, Dolderstrasse 24, 8032 Zürich.

Projektteam: Elia Heer, Sarah Bütikofer, Michael Hermann

Inhaltsverzeichnis

1 Zu dieser Studie **5**
1.1 Das Wichtigste in Kürze 5
1.2 Datenerhebung und Methodik 6
2 Massnahmenpaket des Bundesrates **7**
2.1 Bevölkerung gespalten über bundesrätlichen Vorschlag 7
2.2 Mehrheit will Defizit auch mit zusätzlichen Einnahmen ausgleichen 9
3 Reduktion der Ausgaben **12**
3.1 Keine Einigkeit in Sachen Sparpotential 12
3.2 Ausgaben für AHV und IV von links bis rechts unbestritten 15
4 Erhöhung der Einnahmen **19**
4.1 Mehr als die Hälfte wünscht sich eine Finanztransaktionssteuer 19
4.2 Bundesratsvorschlag zur Besteuerung des Bezugs von Vorsorgekapital fällt durch 21

1 Zu dieser Studie

Das Budget des Bundes ist aktuell in Schieflage und die Situation droht sich in den nächsten Jahren noch zu verschlimmern. Ab 2027 rechnet der Bundesrat mit strukturellen Defiziten beim Bundeshaushalt von rund 3 bis 4 Milliarden Franken. Um die Defizite auszugleichen, hat der Bundesrat basierend auf dem Bericht einer Expertengruppe ein Massnahmenpaket vorgeschlagen, das hauptsächlich Kürzungen bei den Ausgaben vorsieht.

Das vorgeschlagene Massnahmenpaket erntet nicht nur Applaus. Im Gegenteil, die angespannte Haushaltslage führt in Bundesbern aktuell zu viel über Streit über die Ausrichtung der künftigen Finanzpolitik. Doch wie steht eigentlich die Schweizer Bevölkerung zu den bundesrätlichen Sparvorschlägen? Welche Massnahmen zur Schliessung der Finanzierungslücke würde sie bevorzugen oder wo sieht sie überhaupt kein Sparpotential?

Um die Bevölkerung miteinzubeziehen und einen fundierten Debattenbeitrag zu leisten, hat Sotomo eine repräsentative Befragung zum vorgeschlagenen Massnahmenpaket durchgeführt. Damit die Meinungen der Bevölkerung zur Finanzpolitik auch längerfristig beobachtet werden können, ist geplant, die zentralen Fragen dieses Barometers Finanzpolitik ab dem nächsten Jahr in das SRG Wahlbarometer zu integrieren.

1.1 Das Wichtigste in Kürze

Nur knapp jeder und jede Zweite befürwortet das Massnahmenpaket

48 Prozent der Schweizer Bevölkerung lehnt den bundesrätlichen Vorschlag zur Sanierung des Bundeshaushalts ab (Abbildung 1). 45 Prozent sprechen sich dafür aus. Anhängerinnen und Anhänger von SVP, FDP und Mitte bewerten das Massnahmenpaket mehrheitlich positiv, bei GLP, SP und Grünen sind die Meinungen grösstenteils ablehnend.

Eine Mehrheit will das Defizit mindestens zur Hälfte durch Mehreinnahmen decken

Der Bundesrat möchte hauptsächlich die Ausgaben reduzieren. Eine Mehrheit von 54 Prozent möchte das Defizit hingegen mindestens zur Hälfte durch Mehreinnahmen decken (Abbildung 2). Nur die Parteianhängerschaften von FDP und SVP sind mehrheitlich der Ansicht, es sollte hauptsächlich oder ausschliesslich gespart werden.

Entwicklungshilfe, Medienförderung und Armee sind die meistgenannten Sparposten

Die Bevölkerung würde den Rotstift zuerst bei der Entwicklungshilfe, der Medienförderung und der Armee ansetzen (Abbildung 4). Allerdings findet sich für keinen Bereich eine Mehrheit, die ausdrücklich eine Reduktion der Ausgaben fordert.

Ausgaben für AHV und IV, Bildung und Forschung und ÖV haben den grössten Rückhalt

Auf keinen Fall sparen möchte die Bevölkerung bei der AHV und IV, der Bildung, Forschung und Innovation sowie dem öffentlichen Verkehr (Abbildung 4). Besonders bemerkenswert ist der starke Rückhalt für die Ausgaben für AHV und IV, die von den Anhängerinnen und Anhängern aller Parteien getragen werden.

Finanztransaktionssteuer beliebtes Mittel für Mehreinnahmen

53 Prozent wünschen sich die Einführung einer Finanztransaktionssteuer als neue Einnahmequelle für den Bund (Abbildung 8). Die Finanztransaktionssteuer wird von den Anhängerinnen und Anhängern aller Parteien am häufigsten oder zweithäufigsten als mögliche neue Einnahmequelle genannt – wobei Personen, die sich rechten Parteien zugehörig fühlen, neuen Steuern grundsätzlich deutlich skeptischer gegenüberstehen.

Reduktion der Steuervorteile für den Bezug von Vorsorgekapital fällt durch

Nur acht Prozent fordern eine Reduktion der steuerlichen Vorteile auf den Bezug von Vorsorgekapital in der zweiten und dritten Säule (Abbildung 8). Damit findet die einzige vom Bundesrat vorgeschlagene steuerliche Massnahme zur Schaffung von Mehreinnahmen in der Bevölkerung kaum Zustimmung. Eine zweite von der Expertengruppe vorgeschlagene Einnahmequelle, die der Bundesrat jedoch nicht berücksichtigt hat – eine Grundstückgewinnsteuer auf Bundesebene – schneidet bei der Bevölkerung hingegen deutlich besser ab.

1.2 Datenerhebung und Methodik

Die Befragung wurde zwischen dem 28. Oktober und dem 11. November 2024 durchgeführt. Die Grundgesamtheit der Befragung bildet die sprachlich integrierte Wohnbevölkerung der Deutschschweiz und der französisch- und italienischsprachigen Schweiz. Die Befragung erfolgte online über das Panel von Sotomo. Nach Bereinigung und Kontrolle der Daten konnten die Angaben von 3'080 Personen für die Auswertung verwendet werden.

Da sich die Teilnehmenden der Umfrage selbst rekrutieren (opt-in), ist die Zusammensetzung der Stichprobe zunächst nicht repräsentativ für die Schweizer Bevölkerung. Es werden deshalb bewährte statistische Gewichtungsverfahren angewendet, um die Stichprobe strukturell an die Grundgesamtheit anzupassen. Die einzelnen Bevölkerungsgruppen werden dabei in ihren relativen Gewichten so angepasst, dass sie die Grundgesamtheit abbilden. Zu den Gewichtungskriterien gehören unter anderem Geschlecht, Alter, Bildung, politische Orientierung und Sprachregion. Dieses Vorgehen gewährleistet eine hohe soziodemografische Repräsentativität der Stichprobe. Für die vorliegende Gesamtstichprobe beträgt das 95-Prozent-Konfidenzintervall (für 50 Prozent Anteil) +/-1,8 Prozentpunkte. Bei Auswertungen nach Merkmalen wie der Parteizugehörigkeit ist der statistische Fehlerbereich aufgrund der geringeren Fallzahlen grösser.

2 Massnahmenpaket des Bundesrates

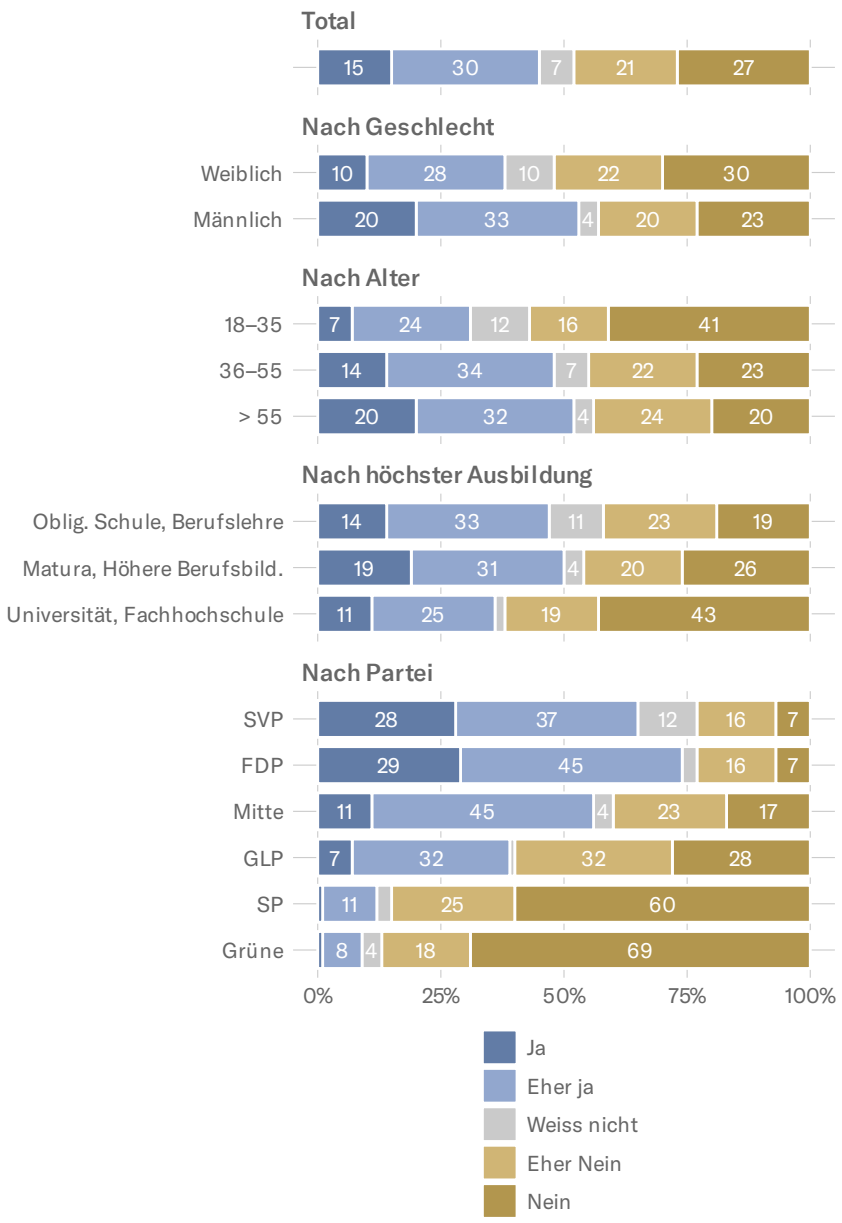
2.1 Bevölkerung gespalten über bundesrätlichen Vorschlag

Um die sich abzeichnenden strukturellen Defizite im Bundeshaushalt auszugleichen, hat der Bundesrat ein Massnahmenpaket zusammengestellt, das hauptsächlich Ausgabenkürzungen vorsieht.[1] Die geplanten Kürzungen betreffen unter anderem die familienergänzende Kinderbetreuung, die Integrationspauschale für Flüchtlinge, Klimaschutz-Subventionen, die Entwicklungshilfe, den Bahninfrastrukturfonds sowie den Nationalfonds. Einnahmenseitig schlägt der Bundesrat eine Reduktion der Steuervorteile beim Bezug von Vorsorgekapital vor.

Wie die Befragung klar zum Vorschein bringt, stossen die vorgeschlagenen Sparmassnahmen bei der Bevölkerung nicht nur auf Zustimmung. Die Befürworterinnen und Befürworter des Massnahmenpakets des Bundes halten sich knapp die Waage, wobei etwas mehr Personen das Paket ablehnen als es befürworten (Abbildung 1). 48 Prozent der Bevölkerung lehnen das Paket ab, gut die Hälfte davon (27 %) klar. 45 Prozent spricht sich für das Paket aus, davon aber lediglich ein Drittel (15 %) klar. Insbesondere Frauen, Personen mit höherer Bildung und Jüngere stehen dem Vorschlag des Bundesrates skeptisch gegenüber. So lehnen 41 Prozent der 18- bis 35-Jährigen das Paket entschieden ab.

[1] «Bundesrat legt Eckwerte des Entlastungspakets für den Bundeshaushalt fest» (Medienmitteilung des Bundesrates vom 20.09.2024)

Abbildung 1: Unterstützung Massnahmenpaket Bundesrat



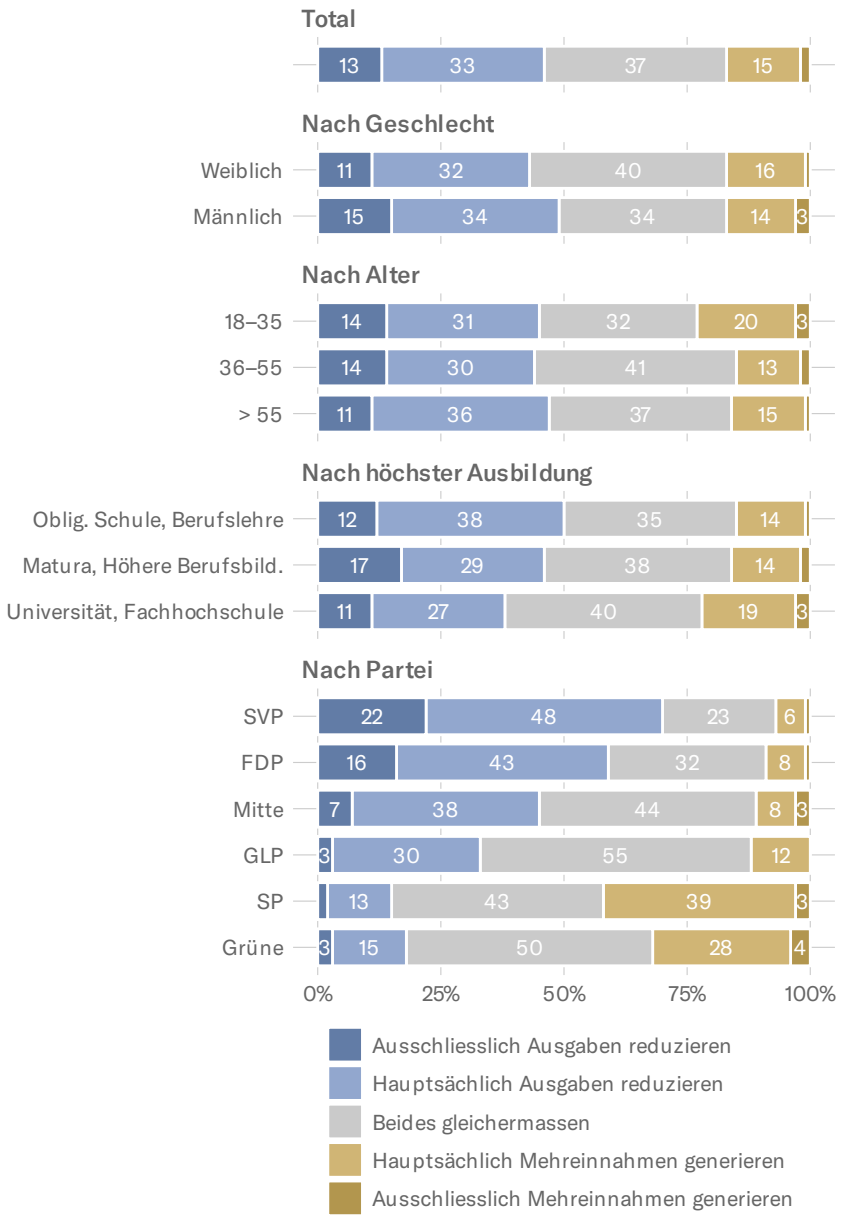
«Der Bundesrat will mit einem umfassenden Massnahmenpaket die Bundesfinanzen in den nächsten Jahren um rund CHF 4 Mrd. entlasten. Das Paket sieht hauptsächlich Kürzungen bei den Ausgaben vor. Die grössten geplanten Kürzungen betreffen die familienergänzende Kinderbetreuung, die Integrationspauschale für Flüchtlinge, Klimaschutz-Subventionen, die Entwicklungshilfe, den Bahninfrastrukturfonds sowie den Nationalfonds. Befürworten Sie dieses Massnahmenpaket des Bundesrats?»

Bei den Parteianhängerschaften zeigt sich ein klares Bild: Befürwortet wird das Massnahmenpaket von den Anhängerinnen und Anhängern der SVP (65 % ja oder eher ja), FDP (74 %) und Mitte (56 %). Die GLP (39 %) lehnt den bundesrätlichen Vorschlag mehrheitlich ab, die SP (12 %) und die Grünen (9 %) sprechen sich fast einstimmig dagegen aus.

2.2 Mehrheit will Defizit auch mit zusätzlichen Einnahmen ausgleichen

Ebenfalls gespalten ist die Bevölkerung bei der Frage, ob das Haushaltsdefizit durch Ausgabenkürzungen, zusätzliche Einnahmen oder eine Kombination aus beidem ausgeglichen werden soll (Abbildung 2). 33 Prozent unterstützen den Ansatz des Bundesrats, der vorwiegend Ausgabenkürzungen plant, während sich 13 Prozent ausschliesslich Kürzungen wünschen.

Abbildung 2: Ausgabenreduktion vs. Mehreinnahmen zum Ausgleichen des Defizits



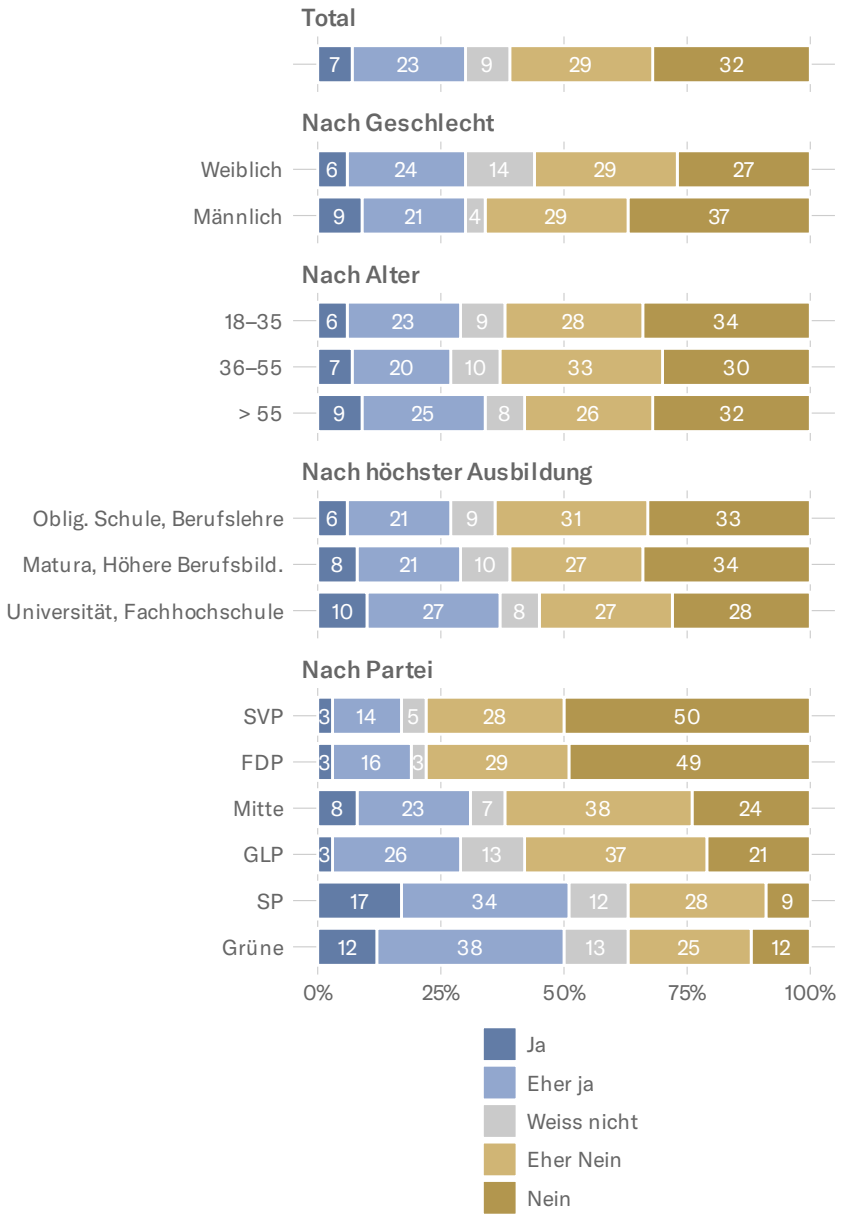
«Der Bund hat aktuell zu wenig Geld, um seine Ausgaben zu decken. Wie soll diese Lücke geschlossen werden?»

Ein gutes Drittel (37%), wünscht sich gleichermassen neue Mehreinnahmen und Kürzungen der Ausgaben.

Zwei Prozent möchte ausschliesslich und 15 Prozent mehrheitlich Mehreinnahmen generieren, um den Haushalt auszugleichen. Insgesamt ergibt sich damit eine Mehrheit von 54 Prozent der Befragten, die das Defizit mindestens ebenso stark durch Mehreinnahmen wie durch Kürzungen decken möchten. Nur unter den Anhängerinnen und Anhängern von FDP und SVP ist eine Mehrheit dafür, primär Ausgabenkürzungen vorzunehmen.

Theoretisch wäre es auch denkbar, anstatt das Defizit auszugleichen die Schuldenbremse zu lockern. Diese Idee fällt jedoch bei der Bevölkerung durch (Abbildung 3). 61 Prozent sind klar oder eher dagegen, gegenüber 30 Prozent, die sich dafür aussprechen. Selbst unter Personen, die sich der SP und den Grünen zugehörig fühlen, unterstützt nur rund die Hälfte eine Lockerung der Schuldenbremse.

Abbildung 3: Lockerung der Schuldenbremse



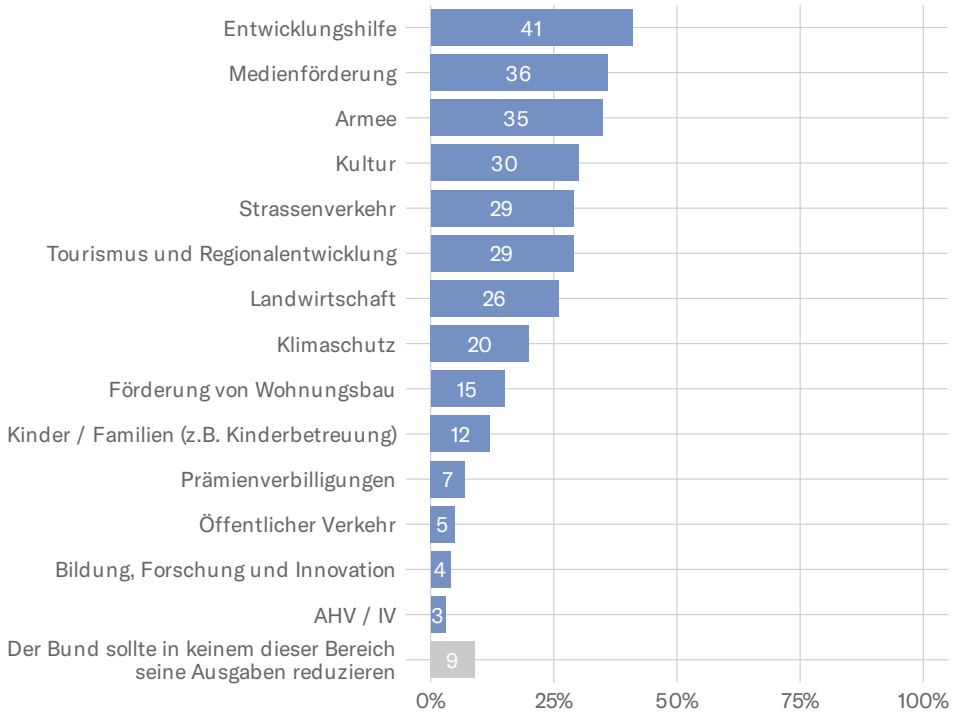
«Die Schuldenbremse schreibt vor, dass der Bund grundsätzlich nicht mehr ausgeben darf, als er einnimmt. Befürworter/-innen sagen, die Schuldenbremse sei wichtig für nachhaltige und stabile Bundesfinanzen. Kritiker/-innen sagen, die Schuldenbremse sei zu restriktiv, weil sie wichtige Investitionen verhindert. Soll die Schuldenbremse gelockert werden?»

3 Reduktion der Ausgaben

3.1 Keine Einigkeit in Sachen Sparpotential

Die Schweizer Bevölkerung zeigt sich sehr uneinig darüber, wo der Bund seine Ausgaben reduzieren sollte. Hinter keinem der in der Befragung zur Auswahl gestandenen Ausgabenbereiche steht eine Mehrheit, die sich für Kürzungen im entsprechenden Bereich ausspricht (Abbildung 4).

Abbildung 4: Gewünschte Ausgabenreduktionen



«In welchen Bereichen sollte der Bund seine Ausgaben reduzieren?»

Mit 41 Prozent ist der Anteil an Sparwilligen bei der Entwicklungshilfe am grössten, gefolgt von Medienförderung (36 %) und Armee (35 %). Dieses Ergebnis aus der Bevölkerungsbefragung steht in Widerspruch zu den Beschlüssen des Nationalrats, der in der diesjährigen Herbstsession bei zwei dieser drei Bereiche höhere Ausgaben beschlossen hat: So erhöhte er die Beiträge zur indirekten Presseförderung von CHF 30 auf 45 Millionen[2] und stockte den Zahlungsrahmen der Armee für die Jahre 2025-2028 auf CHF 29,1 Milliarden auf[3] – rund acht Milliarden mehr als der letzte Zahlungsrahmen und vier Milliarden mehr als vom Bundesrat ursprünglich vorgesehen. Der Nationalrat beschloss

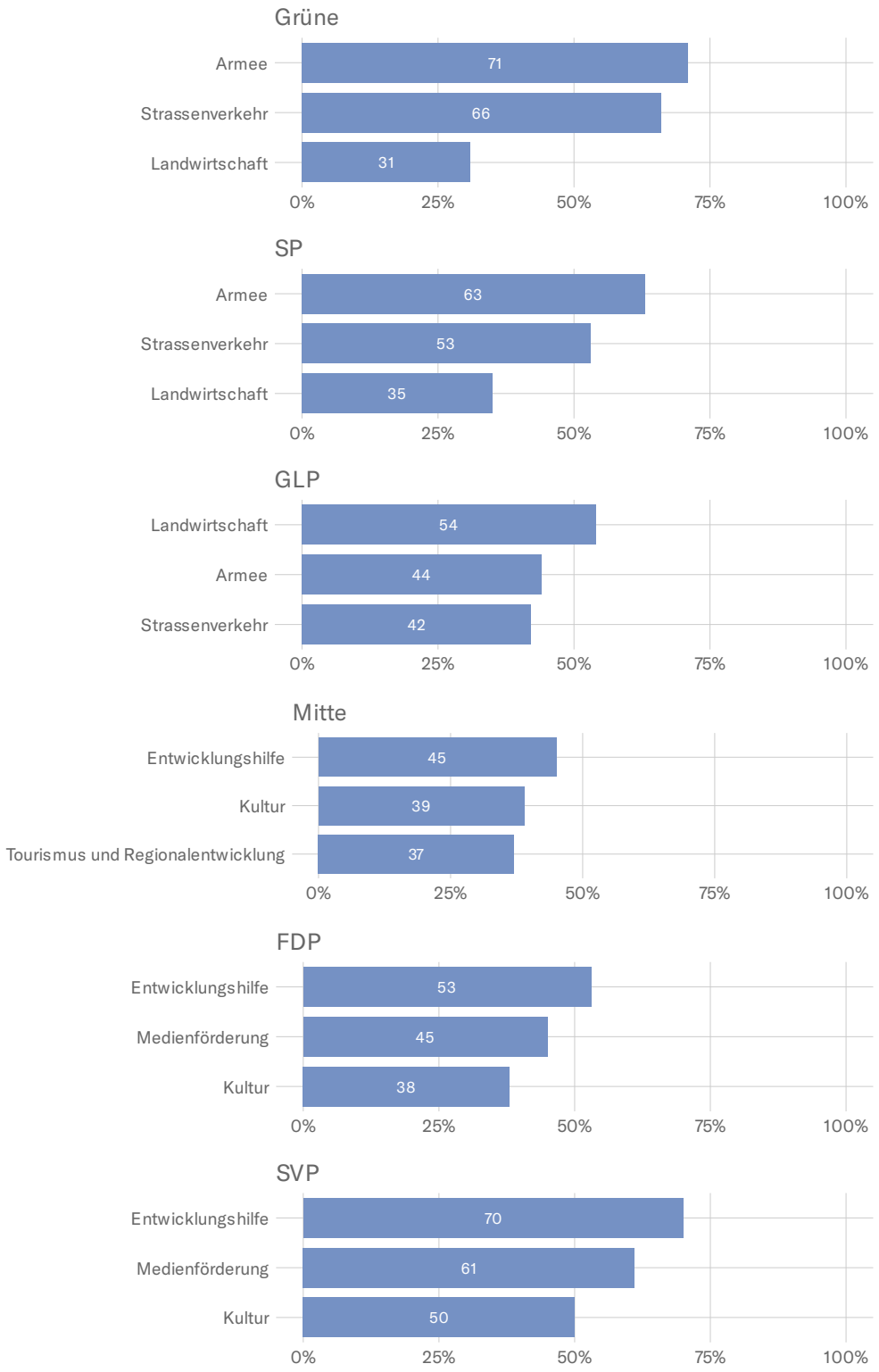
[2] Pa.Iv. 22.423
[3] BRG 24.025

zudem, einen Teil der zusätzlichen Armeegelder bei der internationalen Zusammenarbeit, zu der auch die Entwicklungshilfe dazugehört, zu kompensieren.

Rund drei von zehn Personen sprechen sich für Kürzungen bei Kultur (30 %), Strassenverkehr (29 %) sowie Tourismus und Lokalentwicklung (29 %) aus. Praktisch keine Sparforderungen von Seiten der Bevölkerung zeigen sich beim öffentlichen Verkehr (5 %), Bildung, Forschung und Innovation (4 %) sowie AHV und IV (3 %).

Naturgemäss hegen die Anhängerschaften der sechs grössten Parteien unterschiedliche Sparwünsche (Abbildung 5). Die Anhängerschaften von SP, Grüne und GLP sehen am meisten Sparpotential bei der Armee, dem Strassenverkehr sowie der Landwirtschaft. Wer sich der Mitte, der FDP oder der SVP zugehörig fühlt, ortet am meisten Sparpotential bei der Entwicklungshilfe. Auch Kultur rangiert bei diesen Parteianhängerschaften unter den drei meistgenannten Bereichen für mögliche Ausgabenkürzungen. Bei FDP und SVP gehört zudem noch die Medienförderung zu den Top 3. Bemerkenswert ist, dass von der Basis der Mitte, die in mehreren Bergregionen stark ist, ebenfalls Tourismus und Regionalentwicklung am dritthäufigsten als Sparmöglichkeiten genannt wurde.

Abbildung 5: Gewünschte Ausgabenreduktionen – nach Partei

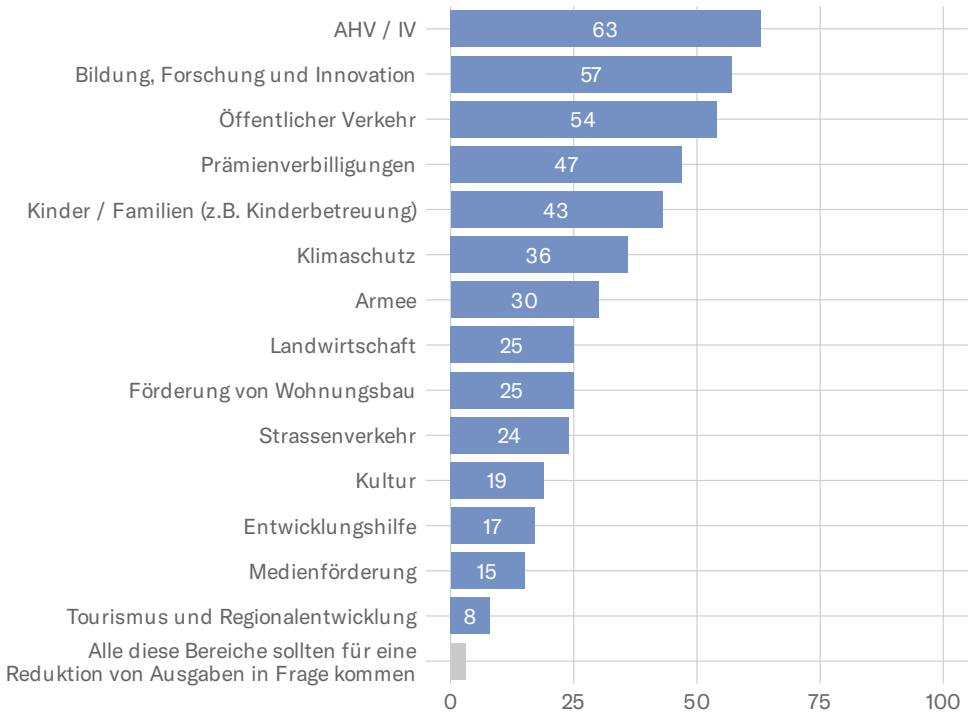


«In welchen Bereichen sollte der Bund seine Ausgaben reduzieren?»

3.2 Ausgaben für AHV und IV von links bis rechts unbestritten

Bei der Frage, in welchem Bereich auf keinen Fall gespart werden soll, herrscht deutlich mehr Einigkeit (Abbildung 6). Bei drei Ausgabenposten sieht eine Mehrheit der Befragten keine Sparmöglichkeiten: Es sind dies die AHV und IV (63 %), die Bildung, Forschung und Innovation (57 %) sowie der öffentliche Verkehr (54 %).

Abbildung 6: Unerwünschte Ausgabenreduktionen



«In welchen Bereichen sollte der Bund auf keinen Fall seine Ausgaben reduzieren?»

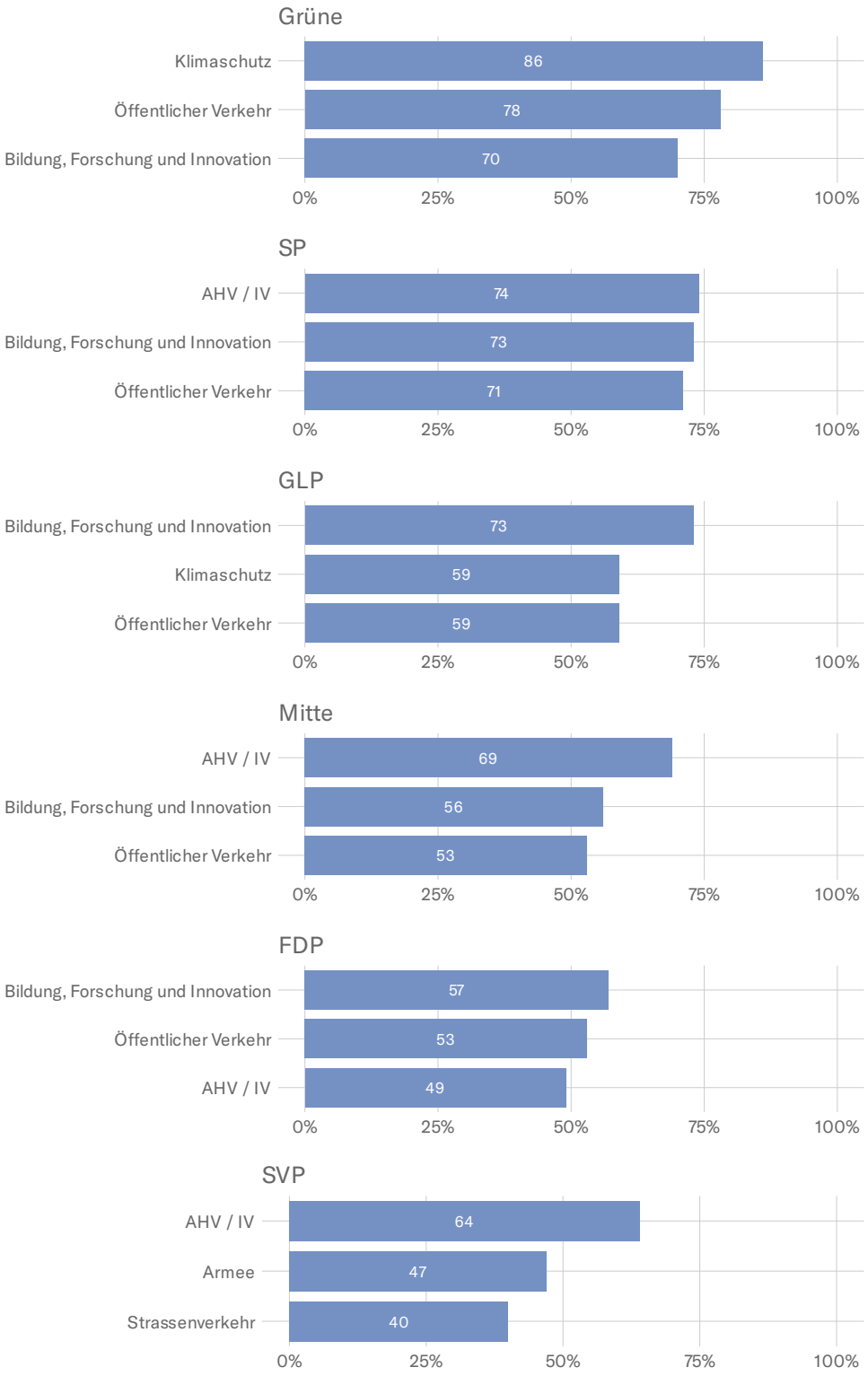
Die Staatsausgaben für diese drei Bereiche sind bei einem Grossteil der Anhängerschaften von fast allen Parteien unbestritten (Abbildung 7). Einzig die Anhängerinnen und Anhänger der SVP scheren etwas aus, denn anders als bei den anderen Parteien möchten viele von ihnen bei Armee und Strassenverkehr auf keinen Fall die Ausgaben kürzen.

Wo die Anhängerschaft der SVP allerdings nicht ausschert, ist bei den Ausgaben für die AHV und die IV. Dass sich auch Personen, die sich bürgerlichen Parteien zugehörig fühlen, mehrheitlich klar gegen Ausgabenkürzungen bei den Renten aussprechen, unterstreicht den breiten Konsens in der Bevölkerung bei diesem Thema. Das ist nicht zuletzt bemerkenswert, weil die Bevölkerung erst vor rund neun Monaten durch die Annahme der Initiative für eine 13. AHV-Rente deutliche Mehrausgaben in diesem Bereich beschlossen hat und die höheren Ausgaben für die Altersvorsorge laut Bundesrat[4] zusammen mit

[4] «Bundesrat legt Eckwerte des Entlastungspakets für den Bundeshaushalt fest» (Medienmitteilung des Bundesrates vom 20.09.2024)

den Armeeausgaben mitverantwortlich sind für die aktuelle angespannte Lage der Bundesfinanzen. Wie die Resultate nun zeigen, hat sich daraus keine Gegenbewegung gebildet, welche diese höheren Ausgaben wieder rückgängig machen möchte. Stattdessen steht die Bevölkerung weiter klar hinter den Ausgaben für die Renten.

Abbildung 7: Unerwünschte Ausgabenreduktionen – nach Partei



«In welchen Bereichen sollte der Bund auf keinen Fall seine Ausgaben reduzieren?»

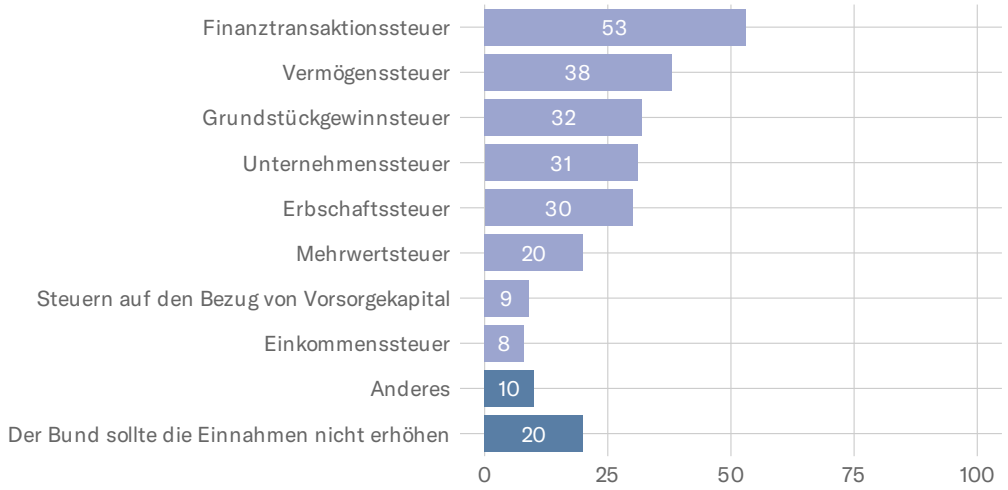
Weitere Ausgabenbereiche, bei denen viele Befragte Kürzungen klar ablehnen, sind die Prämienverbilligung (47 %), Kinder und Familien (43 %) sowie der Klimaschutz (36 %). Am wenigsten Gegenwehr aus der Bevölkerung wäre gemäss den Resultaten bei Kürzungen in den Bereichen Kultur (19 %), Entwicklungshilfe (17 %), Medienförderung (15 %) sowie Tourismus und Regionalentwicklung (8 %) zu erwarten.

4 Erhöhung der Einnahmen

4.1 Mehr als die Hälfte wünscht sich eine Finanztransaktionssteuer

53 Prozent finden, der Bund sollte mittels einer Finanztransaktionssteuer mehr Geld einnehmen. Das ist die einzige Massnahme zur Erhöhung der Einnahmen des Bundes, die von einer Mehrheit der Bevölkerung begrüsst wird (Abbildung 8).

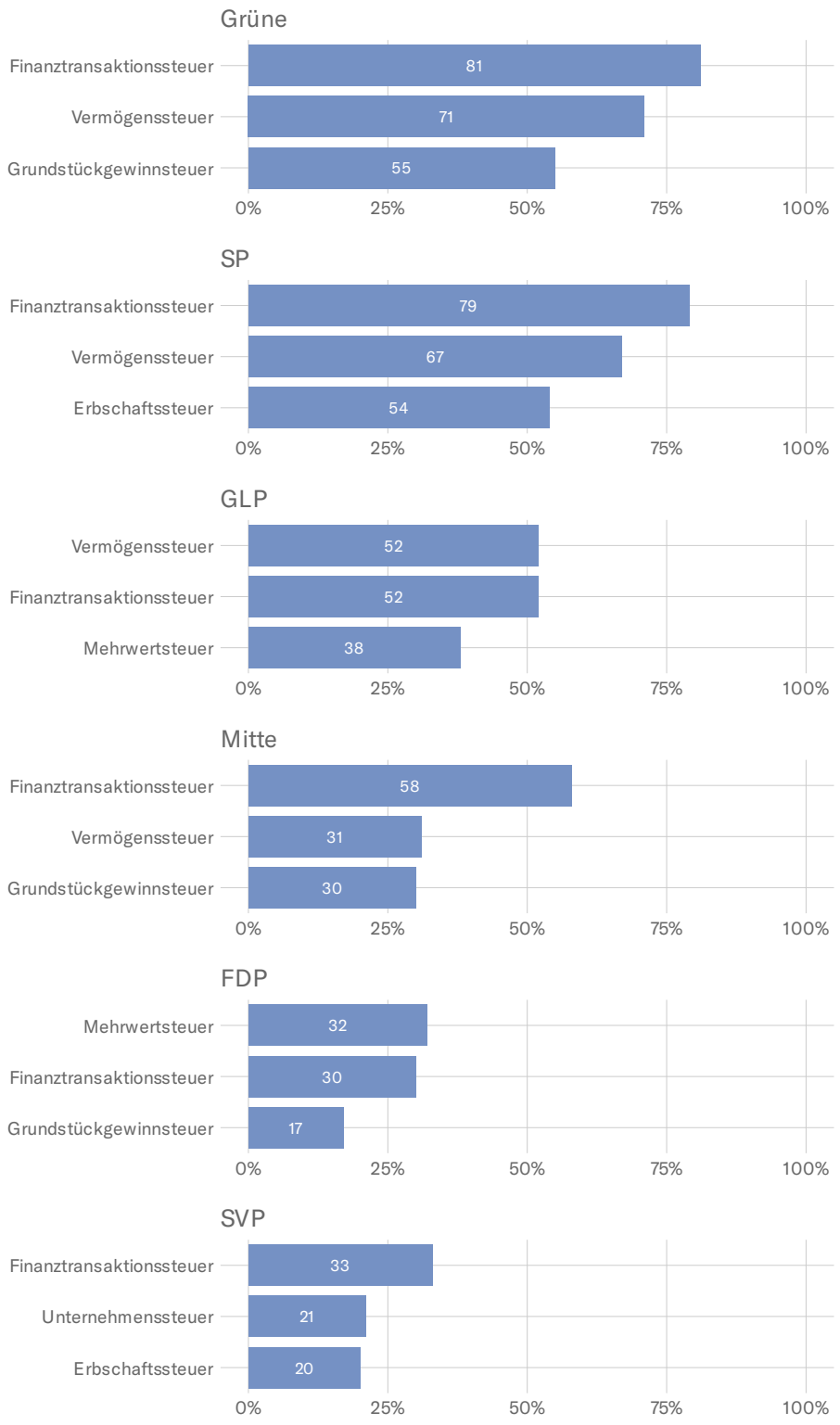
Abbildung 8: Gewünschte Einnahmequellen



«Wodurch sollte der Bund die Einnahmen erhöhen?»
Hinweis: die Antwortkategorien wurden für die Lesbarkeit der Grafik gegenüber der Version der Umfrage gekürzt. Die Antwortkategorien in der Umfrage enthielten teilweise eine kurze Erklärung der möglichen Einnahmequellen.

Bei allen Parteianhängerschaften steht diese Steuer unter den zwei am häufigsten gewünschten Einnahmequellen (Abbildung 9). Rund vier von fünf Anhängerinnen und Anhänger von SP und Grünen sind für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, bei Mitte und GLP ist es gut die Hälfte. Ganz generell sind die Anhängerschaften von FDP und SVP neuen Steuern gegenüber ablehnender eingestellt, doch eine Finanztransaktionssteuer könnte sich ein Drittel von ihnen noch am ehesten vorstellen.

Abbildung 9: Gewünschte Einnahmequellen – nach Partei



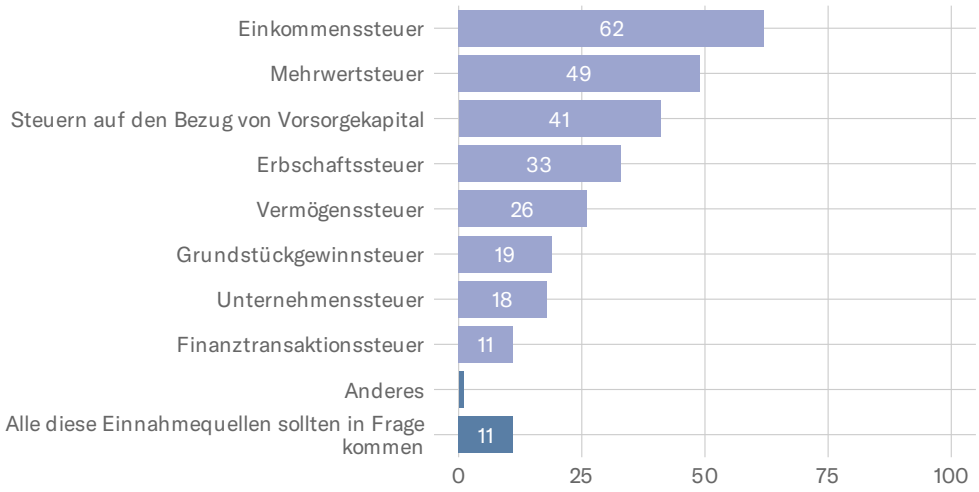
«Wodurch sollte der Bund die Einnahmen erhöhen?»

Hinweis: die Antwortkategorien wurden für die Lesbarkeit der Grafik gegenüber der Version der Umfrage gekürzt. Die Antwortkategorien in der Umfrage enthielten teilweise eine kurze Erklärung der möglichen Einnahmequellen.

4.2 Bundesratsvorschlag zur Besteuerung des Bezugs von Vorsorgekapital fällt durch

Bemerkenswert ist, dass sich nur acht Prozent der Bevölkerung dafür aussprechen, die Einnahmen durch eine Reduktion der steuerlichen Privilegien für den Bezug von Vorsorgekapital aus der zweiten und dritten Säule zu erhöhen. Diese einzige einnahmenseitige steuerliche Massnahme, die der Bundesrat in seinem Paket vorschlägt, trifft somit bei der Bevölkerung derzeit auf wenig Begeisterung. Wie Abbildung 10 zeigt, sind aber mit 41 Prozent «nur» am drittmeisten Personen explizit dagegen, diese Steuer einzuführen. Das legt die Vermutung nahe, dass diese mögliche Massnahme noch eher unbekannt ist oder von vielen noch nicht vollständig verstanden wird.

Abbildung 10: Unerwünschte Einnahmequellen



«Wodurch sollte der Bund auf keinen Fall die Einnahmen erhöhen?»

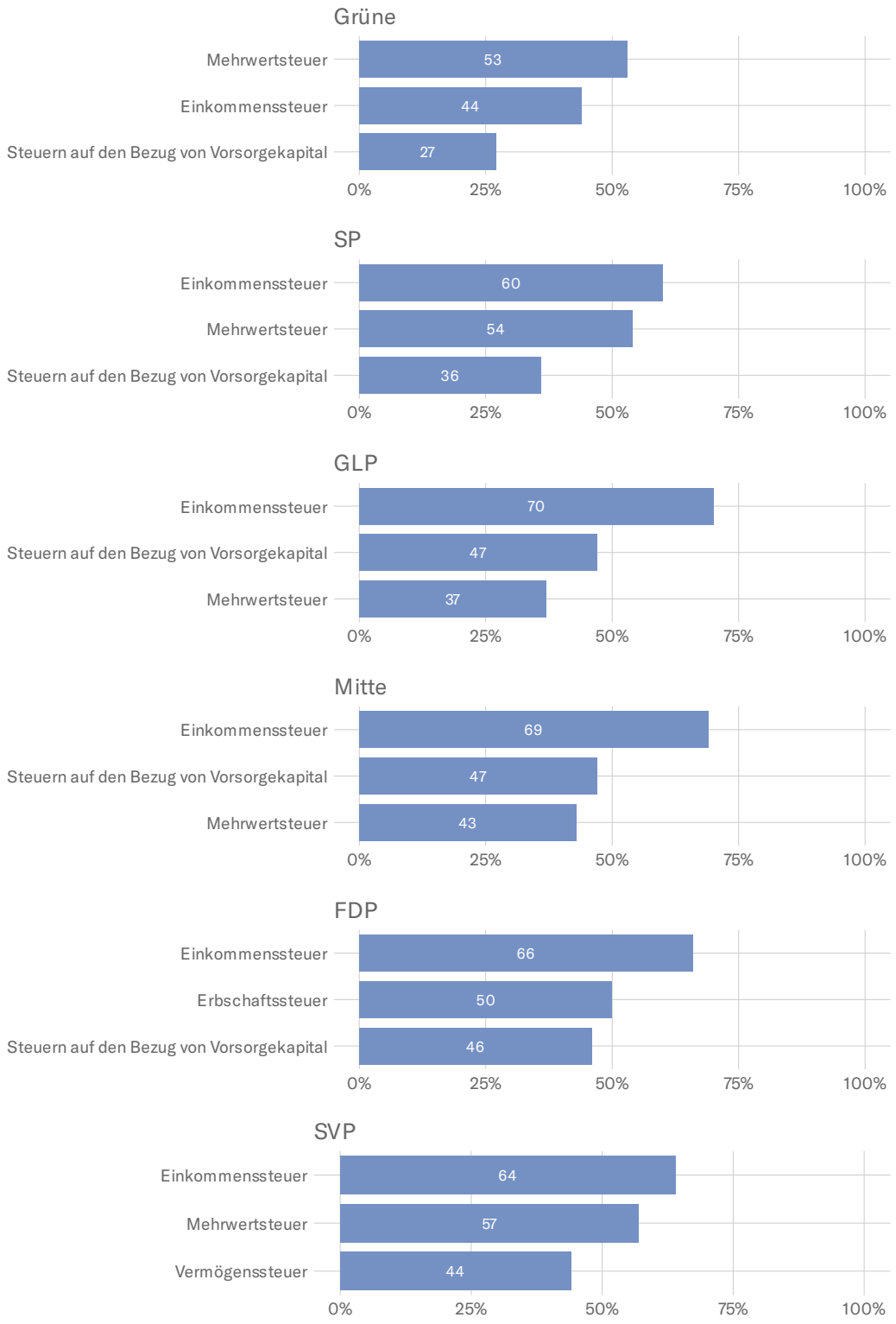
Hinweis: die Antwortkategorien wurden für die Lesbarkeit der Grafik gegenüber der Version der Umfrage gekürzt. Die Antwortkategorien in der Umfrage enthielten teilweise eine kurze Erklärung der möglichen Einnahmequellen.

Eine zweite einnahmenseitige Massnahme, die von der Expertengruppe vorgeschlagen aber vom Bundesrat nicht berücksichtigt wurde – die Einführung einer Grundstückgewinnsteuer auf Bundesebene – stösst dagegen auf deutlich mehr Zustimmung. 32 Prozent der Befragten sprechen sich für eine Einführung aus, während 19 Prozent diese Steuer ablehnen.

Am unbeliebtesten schneidet eine Erhöhung der Einkommenssteuer ab (Abbildung 10). 62 Prozent lehnen diesen Vorschlag klar ab, um die Einnahmen zu erhöhen. Höhere Mehrwertsteuern sind ebenfalls unbeliebt und werden mit 49 Prozent am zweitmeisten genannt.

Bei allen Parteianhängerschaften rangiert die Einkommenssteuer zuoberst auf der Liste von unterwünschten neuen Einnahmequellen, ausser bei den Grünen, bei denen die Mehrwertsteuer noch etwas höher platziert ist (Abbildung 11)

Abbildung 11: Unerwünschte Einnahmequellen – nach Partei



«Wodurch sollte der Bund auf keinen Fall die Einnahmen erhöhen?»

Hinweis: die Antwortkategorien wurden für die Lesbarkeit der Grafik gegenüber der Version der Umfrage gekürzt. Die Antwortkategorien in der Umfrage enthielten teilweise eine kurze Erklärung der möglichen Einnahmequellen.

SOTOMO